

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
19 (1905)**

250 (25.10.1905)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-397993](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Kürschneide der Tage nach Sonn- und ostnächsten Feiertagen. Abonnementspreis bei Vorau- beziehung für einen Monat einschl. Bingerleben 10 Pf., bei Selbstabholung 10 Pf., durch die Post begrenzt vierstündiglich 25 Pf. für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschl. Briefporto.

Meditation und Haupt-Expedition in Bant. Petersstraße 20/22. — Fernsprech-Ausfahrt: Nr. 58. Amt Wilhelmshaven.

Filial-Expeditionen und Annahmestellen: Sant: G. Buddenberg's Buchhandlung, Peterstraße; Heppens: T. Sadermaier, Güterstraße; Heidmühle: Joh. Menz, Altstadtbrauerei; Jever: F. Hinrichs, Mönchewall 61; Varel: C. Wenz, Schützenstr. 12; Oldenburg: C. Heitmann, Kurhausstr.; Wittmund: R. Döring, Buchhandlung; Emden: Joh. Lüdien; Weener: Herm. Möller; Augustfehn: U. Helle, Am Kanal; Rodenkirchen: H. Ebbe; Abbedhausen: A. Gewinn; Bruns a. d. W.: D. Seggermann; Nordenham: W. Hartmann, Heimatstr. 7; Delmenhorst: A. Dordan; Marl: G. Blaram, Vanenstrump; Norden (Ostfriesland) T. Dierling; Norden (Westfalen): W. Hinkel, Elternstr.; Emden: B. Maas, Gr. Rückstr. 16b; Leer (Ostfriesland) A. Meyer, Alte Str. 44; Weener (Ostfriesland) Georg Anton.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Postkarten werden die Kürschneide-Kommunikation oder deren Raum für die Interessen in Niedersachsen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf., für sonstige auswärtige Interessen mit 20 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

19. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 25. Oktober 1905.

Nr. 250.

Erstes Blatt.

Die Agrarier als Sozialisten.

Das Kuratorium der Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern hat an 430 Gemeinden ein Rundschreiben erlassen, in dem sehr beachtenswerte Vorschläge zur Förderung der Fleischproduktion gemacht werden. Von einer Deffnung der Grenzen wollen die Agrarier natürlich nichts wissen und auch nichts davon, daß die Landwirte das Vieh zu billigen Preisen abgeben sollen. Dafür schlagen sie vor eine Verbilligung der Fleischpreise durch Ausstellung des Zwischenhandels herbeizuführen. Die Städte sollen, wie das bereits an verschiedenen Orten leider in gänzlich unzureichendem Umfang geschehen ist, Organisationen zum Vertrieb des Fleisches einrichten, denen landwirtschaftliche Organisationen lebendes Material, oder das ausgezehrte Fleisch in Tierhäusern abgeben sollen. Dann wäre dem Landwirt wenigstens der Produktionspreis gesichert, während die ländlichen Konkurrenten ihr Fleisch sehr bestimmt viel billiger erhalten würden.

Die Agrarier sind also in ihrem eigenen Interesse dazu gekommen, eine sehr umfängliche und gut sozialistische Förderung zu unterstützen, die denn auch über kurz oder lang ihre Erfüllung finden wird. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zwingt einfach dazu! Sie geben dem Sozialismus den sieben Finger und es wird nicht lange dauern, bis er die ganze Hand verlangt.

Das Ideal der Sozialdemokraten ist eine Wirtschaftsordnung, die mit möglichst geringem Kaufaufwand möglichst viel produziert und die Produkte so verteilt, daß der eigentliche Produzent, der Arbeiter, auch Herr über sie ist. Es handelt sich also darum, überflüssige, gesellschaftlich nicht notwendige Arbeit und die Entstehung von arbeitslosen Einkommen zu vermeiden.

Die Vergemeindlichung des Fleischverkaufs ist ein, wenn auch nur winziger, Schritt nach dieser Richtung. Die Distribution wird wesentlich vereinfacht, d. h. verbilligt; an die Stelle reicher Weißer und mit Hunderten angestellter Gehilfen tritt — sofern die Gemeinde unter dem Einfluß der Arbeit er steht — eine gesellschaftlich mögliche, anständig bezahlte, nicht durch Überarbeitung ausgedeutete Arbeitsschaft.

Aber auch auf der anderen Seite werden die Verhältnisse überblickbar. An die Stelle von tausend Fleischern, handwerklichen Zwischenhändlern und hundert Landwirten, die regellos miteinander und durchaus ungestört handeln und sellen, treten auf beiden Seiten geordnete Organisationen, von denen die eine die Interessen der Konkurrenten, die andre die Interessen — ja wenst verrät? — der Produzenten? Doch nur in sehr deplatziertem Sinne! Denn die Herren, die das Vieh an die Gemeinden verkaufen wollen, haben es nicht selbst ausgezogen, gehütet, gepflegt, gefüttert, gefälscht und zu Markt gefahren. Auch diese Herren, die zum Teil in vornehmen Paläis, manchmal sogar in Ministerpaläis, residieren, sind überflüssige Mittler. Sie kennen nicht den Geruch des Viehhalses, sondern nur den des Geldes, das ihre Beamten beim Viehhandel einkämpfen, und dem sie nicht antreichen, daß es aus dem Schweine fremder Arbeit gewonnen ist. Da wird es denn foolish heißen, daß das was anderes ist — aber ob das Volk es glauben wird? Jetzt treten die Agrarier für die „Expropriation der Expropriateure“ ein, sowieso diese Expropriateure — Fleischer sind. Die Zeit ist Hoffnungslosigkeit mehr keine, wo sie selbst an die Reiche kommen!

Die Revolution in Russland.

Der Eisenbahnerkrieg.

Aus Petersburg wird unter dem 23. Oktober gemeldet: Der Streik der Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Moskau hat enorme Dimensionen angenommen. Auf einigen Bahnhöfen ist auch die elektrische Beleuchtung gestoppt. Die wenigen nach Petersburg abgelegenen Zug werden bis zur Station Alin von Soldaten des Eisenbahnenregiments, deren je zwei in einem Wagon untergebracht sind, geleitet. Die Preise der Lebensmittel in Moskau steigen fortgesetzt, da fast keine Zufuhren erfolgen. Sie geschehen fast ausschließlich auf der Moskau-Rjapan-Bahn, wo jetzt auch gestreikt wird. Da auf anderem Wege erst nach sechs bis sieben Tagen Fleischzufuhren

eingetreten können, ist die Lage des Fleischmarktes sehr kritisch. Auch die Befürworter haben sich den Streik angeschlossen.

Der Betrieb auf der Moskau-Bahn ist heute eingestellt worden. Der Güterverkehr von Moskau nach Petersburg sollte nicht abgehen. In Charlow ist der Ausstand seit alle Werkstätten und Fabriken erfaßt. Der Verkehr steht. Die Bahnmenge hält die Strombahnen an. Überall sind Truppen vereilt. Für heute abend wurde eine große Volksversammlung am Bahnhof angekündigt. In Polatschow sind seit gestern sämtliche Eisenbahnangehörige im Auslande. Der Zugverkehr ist eingestellt worden. Heute wurde der Ausstand in sämtlichen Mühlen und Werkstätten, sowie in den staatlichen Branntweinwerken erfaßt. Bis jetzt ist alles ruhig. Im Prionow verhindert gleichfalls volkiger Ausstand. Die Polizei der angehaltenen Züge hält in Zweiflung. Manche von ihnen erhalten Unterstützung, um sie zu ernehmen. Der Dienst auf den Linien Moskau-Briansk-Wladscha und Moskau-Rjapan-Ural ruht vollkommen. Auf der Eisenbahnstrecke Moskau-Windau wurde der Betrieb eingestellt. Die Eisenbahnverbindung von Moskau mit anderen Städten im Reich ist vollkommen unterbrochen.

Aus Saratow wird gemeldet: Die Eisenbahnangehörigen haben auch hier die Arbeit niedergelegt und gemeinsam mit den Arbeitern eine von 2000 Personen besetzte Versammlung veranlaßt, in der eine gelöste Arbeitsherrschaft auf Grund des bekannten liberalen Programms verlangt wurde. Gestern abend wurde hier eine zweite, von annähernd 5000 Personen besetzte Versammlung abgehalten. Die Angestellten der industriellen Betriebe haben sich der Bewegung angeschlossen.

Aus Moskau wird unter dem 23. gemeldet: In einer gesetzten Versammlung wurde beschlossen, den Ausstand der Bahnarbeiter fortzulegen, bis alle Forderungen erfüllt würden wären. Die verhafteten Mitglieder des Eisenbahnverbandes sind wieder freigelassen worden. Heute trafen hier 40 Männer des Eisenbahnabteilungs zur Ausübung des Lokomotivdienstes auf der Bahnlinie Moskau-Alan ein. Der Verkehrsminister, Fürst Chiloff, verließ gestern zwei Stunden lang, die Maschinen des nach Rjapan abgehenden Zuges.

Aus Charlow wird unter dem 23. d. Ms. gemeldet: Seit heute morgen ist auf den biegen Bahnen der allgemeine Ausstand ausgebrochen. Auch in den Eisenbahndienstes ist die Arbeit eingestellt worden.

In Odessa

besloß eine von 10000 Personen besuchtes Meeting, die Reichsduma zu bestimmen und am Tage ihres Zusammentreffens den Generalstreik zu proklamieren.

Politische Rundschau.

Bant, 24. Oktober.

Geschäftsminister?

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Aus unserem Sezerekrete geht uns von verschiedenen Seiten eine Mitteilung zu, die wir für unglaublich halten, die wir aber trotzdem der Offenlichkeit übergeben, weil es uns nötig scheint, daß die amtlichen Stellen unverdeckt den Gerüchten entgegentreten, auf denen diese Mitteilungen beruhen. Es wird uns nämlich von mehreren Seiten berichtet, daß sich in den Büros der Firma v. Tippelskirch & Co. zwei mysterielle Teilsabordneten finden, ein „Konto P.“, dessen Inhaber Herr v. Podbielski ist und ein „Konto St.“, dessen Inhaber der Kolonialdirektor Sübel sei. Wir betonen nochmals: Wir halten es für absolut unglaublich, daß diese Mitteilungen sich bewahrheiten. Schon deshalb nicht, weil wir die beiden in Frage kommenden Herren eines solchen Vergehen gegen ihre Amtszeit nicht für fähig halten. Und nicht minder auch aus anderen Gründen. Immerhin beweist die Tatsache, daß uns die Mitteilung über das Konto P. und das Konto St. von mehreren Seiten zugeht, daß man in immerhin nicht engen Kreisen die Mitteilung für richtig hält. Da es im Staatsinteresse unbedingt notwendig, daß der Regierung Gelegenheit gegeben wird, gegen diese Gerüchte öffentlich aufzutreten. Es ist der Zweck dieser Zeilen, ihr diese Gelegenheit zu geben.“

Das Berliner Kapitalistendebatt, daß den Kampf gegen die Korruption kontinuierlich durchaus nicht als seine wichtigste Aufgabe zu betrachten pflegt, wird sich schwerlich einem Zweifel darüber hingeben, daß durch seine Veröffentlichung

der „immerhin nicht enge Kreis“, der die Mitteilung für richtig hält, bereichert werden wird. Die Firma v. Tippelskirch, deren Hauptinhaber ein aus dem Kolonialdienste ausgeschiedener höherer Offizier ist, und die Handel mit Kolonialausführungen treibt, hat sich unter liebenswürdiger Förderung der Regierung bis zu einer Monopolstellung emporgeschwungen. Sie hatte das Glück, daß die Regierung nicht bloß selbst ihre heile Kunden wurde, sondern auch die ihr unterstellten Personen, z. B. nach den Kolonien abreisende Offiziere, amlich aufzufordern, nur im Tippelskirch's kolonialer Hunderzehn ihre Einfüsse zu besorgen.

Zualler, als Herr v. Podbielski noch nicht Minister war und die Schweinezucht noch nicht so gut rentierte, war Mitinhaber der Firma — Herr v. Podbielski! Als er Minister wurde, schied er aus dem Geschäft aus. So wurde wenigstens gelagert. Wenn er stiller Teilhaber geblieben wäre, würde man sich kaum darüber wundern. Doggen sind dem Kolonialdirektor Dr. Sübel unseres Willens noch niemals geschäftliche Talente, weder amtliche noch private, nachgelegt worden. Der Herr Sübel als Kolonialdirektor der eigentlich Begünstiger der aristokratischen Handelsfirma ist, trifft ihn der schlecht verdeckte Vorwurf des „Tageblatts“, er habe in seine eigene Tasche gewirtschaftet, besonders schwer. Es geht Leute, die Herrn Sübel, wenn er wirklich der Inhaber des geheimnisvollen Konto St. wäre, für sehr unorthodox erklären würden. So etwas macht man doch in der Form einer Aktiengesellschaft! Da fragt dann kein Teufel darnach!

Kanzler oder Handknecht.

Die von dem nationalliberalen Reichstagabgeordneten Vohlig herausgegebenen „Deutschen Stimmen“ führen bewegliche Klage über „Blödigkeiten“ aus Anlaß der Demission des Handelsministers Müller. Nach einer Darstellung der die Enthaltung begleitenden Ereignisse, aus der sich ergibt, daß der Ministerpräsident Fürst Bülow bei der ganzen Frage des Rücktritts nur eine formelle, keine führende Rolle gespielt hat, schreiben die „Deutschen Stimmen“: „Gewiß ist es das unverständliche Vorrecht der Krone, sich nach eigenem Ermeis der Krone Ratgeber zu wählen, und aus demselben Kronvorrecht ergibt sich auch, daß die Minister aus dem Amt zu ziehen haben, sobald ihnen zur Gewissheit gehören ist, daß sie das Vertrauen der Krone nicht mehr verdienen. Andererseits entspricht es aber auch dem Geiste der Verfassung, daß die Krone sich den Rates und Beistandes des Staatsministeriums bedient, wo sie solche Berufungen und Entlassungen zu vollziehen gedenkt. Im gegebenen Fall scheint es ja etwas Ungewöhnliches gewesen zu sein, was plötzlich als völlig das Vertrauen der Krone zu einem Minister erschüttert hat. In jedem anderen monarchisch-konstitutionellen Staatswesen wäre aber selbst in einem solchen Falle zu alterst der Ministerpräsident vom Träger der Krone verständigt worden. Es kommt dann feststellen, ob die ungünstige Sichtung des Monarchen auch begründet war, und kommt wegen der äußersten Form der Verabschiedung dem Monarchen Vortrag halten. Anders in Preußen und im Reich. Jundt von der Höhe des Thrones aus Bild und Schlag. Dann ein Augenblick der Verwirrung auf allen Seiten. Nachher wird man vor allem gewahrt, daß die Drähte stark verborgen sind, die den Fürsten mit der Verfassung verbinden. Nun tritt der zur Beratung des Herrschers berufene Mann in Aktion. Nachdrücklich stellt er notdürftig den Schein her, als sei alles in höchster Ordnung vor sich gegangen. Nur schade, daß es nirgends geglaubt wird. Und daß immer weitere Kreise von der Sorge erfaßt werden, daß die unverantwortlichen Ratgeber des Kaisers und gelegentlich auch sein eigener impulsiver Zugreifen den reichs- und staatsfeindlichen Parteien viel Gelegenheit geben, in böswilliger Weise das Ansehen der Monarchie zu schädigen. An treuen Dienern, die sich um den Schutz dieses Ansehens bemühen, braucht es den Fürsten nirgends zu schämen. Wenn es die Fürsten nur gleichmäßig verständigen, ihren Dienern die Erfüllung ihrer Aufgaben so zu ermöglichen, wie es dem Geiste der Verfassung entspricht. Es würde dann auch in manchen Staaten um das Ansehen der Monarchie bestehen.“

Nach dieser Darstellung der nationalliberalen Zeitschrift ist die Rolle, die Fürst Bülow im Reich als Kanzler und in Preußen als Ministerpräsident spielt, unzweckmäßig, so traurig, daß das von der Krone zu einem Kanzler- und Ministerpräsidentenamt eigentlich für einen Mann von politischem Ehrgeiz aber kaum nicht mehr annehmbar sein könnte.

Die „deutschen Stimmen“ konstatieren mit anerkennens-



werte Unzweckmäßigkeit, daß Preußens Deutschland, woran übrigens bis jetzt niemand gezweifelt hat, noch zaristischem oder sultanschem System regiert wird und daß die Dienst der Krone nichts als Dienst, nichts als willkürlose Domestiken sind. Unseres Erachtens wird hierdurch aber viel weniger das Ansehen der Monarchie geschädigt, als dasjenige der preußischen Landtags- und deutschen Reichstagsmajorität, die sich die verfassungswidrige Autokratie mit derselben Domestikenunterstützung gefallen läßt, mit der sich die Minister allerunterstützt schubzogen lassen. Hieran wird bei dem hoffnungslosen politischen Marasmus unserer Bourgeoisie, solange wir eine bürgerliche Parlamentsmajorität besitzen, auch nichts mehr zu ändern sein.

Die Landtagswahl im Fürstentum Lübeck.

Über den Verlauf der Landtagswahl im Fürstentum Lübeck werden dem „S. B. Volksb.“ folgende Mitteilungen gemacht: „Befriedigend gelang es anlässlich der vorjährigen oldenburgischen Landtagswahl durch ein gemeinsames Vorgehen der sozialdemokratischen und nationalsozialen Wahlmänner, die Wähler aus dem Fürstentum Lübeck zu verhindern. Was lag da näher, als daß auch in diesem Jahre ein Teil unserer Genossen den Standpunkt vertretet, daß man auch diesmal wieder verhindern müsse, durch ein gleiches Abkommen, das bereits bei den Wahlen der Wahlmänner Geltung haben sollte, die Agrarier zu schlagen. Dieses Abkommen kam zustande; man wurde sich dahin einig, daß die vier Mandate geteilt werden, daß also die Sozialdemokraten und die Nationalsozialen je zwei erhalten sollten. Das Resultat war, daß von 73 Wahlmännern 39 der gemeinsamen Liste den Sieg errangen. Von diesen erklärten allerdings zwei, daß sie nur einen Sozialdemokraten zu wählen geneigt seien. Immerhin versuchte aber die Liste noch über eine kleine Mehrheit, die, wie zu erwarten war, von freihinriger Seite noch einen Zusatz erhalten würde.

Die Sache war also so weit geregelt. Da kam die Nominierung der Kandidaten; von unserer Seite wurden die Genossen Bull-Gavensdorff und Ziegler-Schwartau aufgestellt, während die Nationalsozialen sich auf die Herren Lehrer Voß-Eutin und Amtsräume Döbler-Eutin vereinigten. Der letztere Name erregte beträchtlicherweise Unzufriedenheit unter unsrer Genossen; was doch dieser Herr in Eutin auf einer gegnerischen Liste als Wahlmann gewählt und hatte er ihn vorausferner in direkte Gegnerschaft zu unserer gemeinsamen Liste gestellt. Weiter kam in Betracht, daß Herr Döbler noch im vorherigen Landtag als von den Agrarier und Südländern gewählter Abgeordneter saß. Ein solchen Mann zu wählen, konnten unsere Genossen nicht verantworten; sie kamen deshalb am Wahntag daherneben, daß Döbler gescheitert und daß er zunächst Genosse Redenstorff-Eutin auf die Liste gelegt werden sollte. Zu diesem Vorgehen waren sie um so mehr berechtigt, als ihnen inzwischen von nationalsozialer Seite mitgeteilt worden war, daß man mit absoluter Sicherheit nur auf die Wahl eines Sozialdemokraten rechnen könne. Man vermutete also, daß die Bundeswähler trotz des guten Willens und der ersten, ehrlichen Absicht ihrer Führer nicht Stimmabstimmung wünschten, wie es ja auch von einer ganzen Reihe bürgerlicher Blätter mit schmarotzendem Bedenken in die Welt hinausposaunten worden war.

Der Wahlgang war also gekommen; unsere Genossen waren auf dem Polten; es schied ein nationalsozialer Wahlmann, der leider schwer erkrankt war. Zugleich schied es nicht ausgeschlossen, daß die ganze gemeinsame Liste aber liegen würde, als die agrarische. Am Morgen vor der Wahl machte Schreiber dieses, der im Auftrage der Vorortskommission in Eutin weilte, einen nationalsozialen Vertrauensmann darauf aufmerksam, daß mit der Streichung Döblers zu rechnen sei. Er erklärte aber weiter, daß von einer Durchbrechung der getroffenen Abmachungen keine Rede sein könne, daß vielmehr nur die Person des Herrn Döbler in Frage erurge. Eine Einigung über den Kandidaten, der an Döblers Stelle treten und auch von uns unterstützt werden sollte, kam bei der Kritze der Zeit nicht zu stande.

Die Wahl begann; im ersten Wahlgang wurden Genosse Ziegler mit 37 und Herr Lehrer Voß mit 41 Stimmen gewählt; Genosse Bull erhielt 35, Genosse Redenstorff 26 Stimmen. Beim zweiten Wahlgang war eine Einigung über die Person des zweiten nationalsozialen Kandidaten erfolgt und zwar wurde Herr Pionier Voß-Pansdorf auf den Schild erhoben. Dieser erhielt 34, Genosse Bull gleichfalls 34 Stimmen. Die absolute Majorität wurde nicht erreicht. Im dritten Wahlgang stieg dann die Stimmenzahl Voß auf 38, während Genosse Bull nur noch 33 Stimmen auf sich vereinigte. Während also unsere Genossen als ehrliche Leute den zweiten Nationalsozialen gewählt hatten, waren von den „Bundeswählern“ mindestens drei abgespalten. Herr Voß-Pansdorf war mit sozialdemokratischer Hülfe gewählt worden. Im vierten Wahlgang erhielten der Agrarier Lews-Gleisdorf und Genosse Bull je 33 Stimmen, während 5 Stimmen auf den Registrator Linnemann-Eutin entfielen, anhanddem wurde ein weiterer Jetzel abgegeben. Es mußte ein weiterer Wahlgang stattfinden, in dem dann der Agrarier Lews mit nationalsozialer resp. freisinniger Hülfe mit 37 gegen 33 Stimmen bei Abzug zweier weiterer Jetzel gewählt war. Es hatten also Nationalsoziale, die als Wahlmänner mit sozialdemokratischer Unterstützung gewählt waren, für den Agrarier und gegen den Sozialdemokraten, also ihren eigenen Bundesgenossen, in diesem Wahlgange gestimmt.

Wie dieser objektiven Darstellung des Sachverhalts vergleiche man die üngestandene Nachrichten im „Berl. Tageblatt“, dem „S. B. Corresp.“, den Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land“ usw. über den anstößigen „Wortbruch der Sozialdemokratie“, durch den die Nationalsoziale über den Hödel kurbelten“ worden sein sollen.

Der „Lübecker Volksbote“ loat mit Recht: „Man könnte empört sein über das Vorgerufen des Prekmerschen, der in jahrl. einer gemeinen Weise gegen die Sozialdemokratie, die ethisch genug war, den Abmachungen entsprechend für zwei Nationalsoziale einzutreten, zu Felde zieht. Dennoch aber ist das Verhalten der Nationalsozialen während

der Wahl als auch nach derselben im Parteiinteresse nur mit Freuden zu begrüßen. Wird doch dadurch keine Bahn isoliert geschaffen, als wohl selbst unsere kompromißlosesten Genossen im Fürstentum Lübeck nun ein für allemal fariert sind. Auch ihnen dürfte sich jetzt, trotzdem die Sozialdemokratie im Fürstentum ihren Besitzland — Mandate — behauptet hat, die Überzeugung ausdrängen, daß bei einer Kompromisslösung keinen etwas Gutes herauskommt. Für die Sozialdemokratie kann es nur heißen: Selbst ist der Mann! Mögeln unsre Genossen im Fürstentum Lübeck die nächsten drei Jahre bis zur Wahl ordentlich auszuhören, mögen sie agitieren und ihre politischen Organisationen mehr als bisher ausbauen, dann wird es möglich sein, bei der nächsten Wahl durch eigene Kraft aus dem Fürstentum Lübeck vier sozialdemokratische Abgeordnete nach Oldenburg zu schicken. Nach diesem Ziel zu streben, das muß heute schon die heiligste Aufgabe unsrer Genossen im Fürstentum Lübeck sein.“

Lebhaft wird dem „S. B. Corresp.“ jetzt berichtet: „Auch der Humor ist bei den Wahlen hier und da zu seinem Recht gekommen. So erholte ich von einem in Eutin im Vordergrunde der politischen Bewegung stehenden Freund heute die Mitteilung, daß einer der Eutiner Randsassen um seines Mandats willen Mitglied des nationalsozialen Vereins wurde, dann zwei Tage vor den Wahlmännerwahlen ausschied und zwischen Wahlmännerwahl und Hauptwahl sich die Stimmen des — — Bundes der Landwirte fischerte Es geht doch nichts über politische Gründlichkeit!“

Es handelt sich hier offenbar um den obengenannten Amtsinhaber Döbler-Eutin, den die Sozialdemokraten also mit Zug und Recht als nationalsoziale Randsassen absehn.

Deutsches Reich.

Ein agent provocateur der Weltpolitik.

Ein Teil der bürgerlichen Presse Deutschlands scheint es beinahe zu bedauern, daß die Wachsamkeit der französischen Sozialdemokratie die Entwicklung des Marsoffensals zu einem Weltkrieg verhindert hat. Wennigens gibt er sich als Mühle, das Gesicht der deutschenglischen Verhinderung weiter zu reiben und alle möglichen oder unmöglichen Punkte ausfindig zu machen, an denen sich ein neuer Stand entzünden ließe. Ein solcher Versuch, und zwar einer der älteren inständen Art, wird jetzt vom „Berliner Tageblatt“ gemacht, das in seinem Montag-Tageblatt einen tüchtigen Plan den Plan entwickeln läßt, wie Deutschland die Säumung Englands in Egypten erschüttern könnte. Moustafa Kamel Pascha, ein mütiger Englandfeind, segt hier auseinander, welche Macht Wilhelm II. erringen könnte, wenn er sich zum europäischen Schwert der „dreihundert Millionen“ Islambevölkerung aufwerfen würde. Napoleon I wird da dem deutschen Kaiser als leuchtendes Vorbild hingestellt, und die verdammte Reise des deutschen Kaisers nach Tanger, über deren politische Unzweckmäßigkeit heute so ziemlich überall die gleiche Meinung besteht, wird als der verheblichste Anfang der „friedlichen Durchdringung“ des Orients angesehen. Nicht minder hoch rechnet der egyptische Pascha der deutschen Politik an, daß sie im Bogenkreis zu England die blutige Unterdrückung der Armenier gutgeschrieben habe. Wir sind also nach der Meinung Moustafa Kamel Pascha schon längst auf dem Wege, auf dem er uns uns zu sehen wünscht, und es fragt sich nur noch, wohin dieser Weg führt.

Doch jenen tatsächlichen Vollurten, die die „Freiheit“ der Türkei, d. h. die Unbeschämtheit ihres barbarischen Regiments, zu erhalten wünschen, in einem mörderischen Streit der europäischen Mächte gerne die lachenden Dritten sein möchten, ist ihnen ohne Weiteres zu glauben. Trotz des außerordentlichen Raffinements, mit dem der Pascha des „Berliner Tageblatts“ seinen Vorfall abgesetzt hat, wobei er mit ausgesetztem psychologischen Schärfpunkt auf diephantastische Überchwänglichkeit gewisser Kreise hinfielet, hat er doch an einer Stelle die Naspe ein wenig gelöst. Er erzählt nämlich, die Wölter des Islam hätten anfangs der deutischen Freundschaft misstraut, weil sie es nicht für möglich hielten, daß in einer Zeit, wo sich die Christen einander sehr feierten, ein christlicher Kaiser des Freuden und Gönnern des Islams werden könne.“ Montafia Kamel Pascha entblüft hier den eigentlichen Kern seiner Revolutionspolitik. Deutschland und England sollen sich gegenseitig ausspielen, damit der mütige Pascha die orientalische Welt unbeschämkt regieren kann.

Moustafa hat also von seinem Standpunkte aus so unrecht nicht. Aber die deutsche Zeitungswelt, die sich zum Sprachrohr seiner Bestrebungen macht und seine Rede mit erstaunenden Gehalten begleitet, handelt mit landesverdorster Geschäftsmoralität. Wenn die deutsche Presse in diesem Tone forscht und der Ansehen besteht, daß die Regierung dieses Treiben unterstütze, so handeln die Engländer von ihrem Standpunkte aus nur logisch, wenn sie bei der nächsten besten Gelegenheit die deutsche Flottenherrenlichkeit in den Grund schlagen. Daß sie das können, wird man auch in der Redaktion des „Berliner Tageblatts“ nicht bezweifeln.

Berlin, 24. Oktober. Wie wir hören, wird dem Reichstage kurz nach seinem Zusammentritt eine Deckschrift über die Kriegsereignisse der letzten Zeit in Südwestafrika zugewiesen. Außerdem sollen Fortsetzungen eingebraucht werden, die sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Kolonie beziehen, u. a. Fortsetzung der Entschädigung der Farmer, um ihnen die Wiederaufnahme des Farm-triebs zu ermöglichen und den Bau der Eisenbahn Lüd erlangt. Kubab-Reinmarschoop.

Wie Wolffs Telegraphisches Bureau von zulässigen Seite erhält, hat der Kaiser zum Nachfolger des Botschafters Grafen v. Alvensleben in Petersburg, der aus Gesundheitsgründen seine Positionierung nachgezogen hat, den bisherigen Gesandten in Kopenhagen, S. E. S., ernannt.

Die erste Presse. In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir:

Das Ministerium des Innern hat die Einführung von Kindern zu Schlachtweden aus Österreich-Ungarn nach dem Schlachthof zu Annaberg über die Einbruchsstellen Weipert unter der Vorauseitung genehmigt, daß die Schlachtrindereinführung nur auf der Eisenbahn erfolgt und nur wöchentlich an einem Tage, und zwar Freitags, bei Gelegenheit der Einführung von Nutz- und Zuchtrindern nach Weipert stattfinde.

Ra also! Warum soll das nicht auch für andere Einbruchsstellen möglich sein? Und warum soll die Einführung sich nur auf Kinder und nicht auch auf Schweine erstrecken? Die Maßnahme der sätzlichen Regierung ist ganz eindeutig, weil sie auf das Schweinevieh, das die Arbeiter vorwiegend konsumieren, keine Rücksicht nimmt. Das Prinzip ist jedoch sehr wichtig, denn was für den kleinen Schlachthof Annaberg möglich ist, d. h. das einzuführende Vieh auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen, ist in allen Großschlachthöfen des Reiches durchführbar.

Die badischen Landtagswahlen. Nach einer vorläufigen amtlichen Feststellung des Ergebnisses der badischen Landtagswahlen sind am Mittwoch 16. Blocklandtags, 28 Zentumsabgeordnete, 5 Sozialdemokraten und 1 Konservativer gewählt worden. Abgegeben wurden insgesamt 382 188 Stimmen, von denen 126 201 (42,7 Proz.) auf das Zentrum, 106 182 (35,8 Proz.) auf die Blockpartei, 50 342 (17 Proz.) auf die Sozialdemokratie, 11 131 (3,7 Proz.) auf die Konservativen und Bund der Landwirte, 25 42 (8,8 Proz.) auf die Parteilose entfielen. Bei der letzten Reichstagswahl am 16. Juni 1903 erhielten in Baden: die Blockpartei 112 800, das Zentrum 134 000, die Sozialdemokratie 71 900, die Konservativen und Bund der Landwirte 10 200 Stimmen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist daraus zu erklären, daß die Zahl der Landtagswahlberechtigten namentlich in der sozialdemokratischen Partei viel geringer ist als die der Reichstagswahl. Bei den 23 Stichwahlen steht die Sozialdemokratie in vier Bezirken gegen das Zentrum und in sieben Bezirken gegen den Block. In elf Bezirken ringt das Zentrum mit dem Block.

Das Zentralkomitee der Zentrumpartei hat den Beischluß gefaßt, daß Wahlparole für die Stichwahlen zu bestimmen, daß ein Blockkandidat unter keinen Umständen unterliegen darf. Bei einer Stichwahl zwischen dem Block und einem Konservativen wird letzterer unterstützt, bei einer Entscheidung zwischen dem Block und den Sozialdemokraten soll Wahlentheilung proklamiert werden.

Die konservative Parteileitung hat bestimmt, daß die Konservativen für sich allein vorgehen, also wider den Block noch das Zentrum unterstützen.

Die Wahlparolen der Sozialdemokratie und des Blocks sind noch nicht bekannt gegeben.

Die hessische Wahlreform gescheitert. Die zweite hessische Kammer lehnte am Montag bei Beratung des Gesetzentwurfes bestrend die Reform des Landtagswahlrechts den Initiativanstrag der ersten Kammer, welcher die Annahme des Gesetzentwurfes von der Erweiterung der Befugnisse der ersten Kammer abhängig machen will, mit allen gegen drei Stimmen ab. Staatsminister Dr. Rothe hatte sich gleichfalls gegen die Annahme des Antrages erklärt, weil er eine Entfehlung der Verfassungsurteile in sich schließe. Damit ist die Wahlreform vereitelt geblieben.

Das „unstilliche“ Gesangbuch. In den „Bamstedter Nachrichten“ erscheint sich ein dorfiger Bürger in einem Gefangen darüber, daß das Gelangbuch gefaßt: „Rund dankt alle Gott!“ den Kindern der Gläubige an die kinderbringende Tätigkeit des Klappertischers genommen werde. „In dem Riede steht der Vers: „Der uns von Mutterleib und Kindesbetten (ursprünglich „Kinderstube“) an . . .“ Man sieht, bis zu welchen Ungeheuerlichkeiten der perverse Pfudertraum manche Gemüter verleiht. Für jeden normal denkenden und empfindenden Menschen ist der Gedanke der Mutter, der ihn gezeugt und geboren, ein Heiligtum. Unsre Stilistikenfaulen haben es glücklich gedacht, daß man den Ausdruck „Mutterleib“ als etwas Unanständiges betrachtet.

Vom östnärrischen Kriegsschauplatz. Zwölf a'selige polnische Rittergutsbesitzer erzielten eine Berufserklärung gegen die Verläßiger württembergische Güter an Deutsche. Die Erklärung wird sämtlichen politischen Beziehern zugesandt mit der Bitte, sich ihren Anschauungen anzuschließen. — Das ist die notwendige Folge der preußischen „Aniedlungs“politik.

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

Für eine halbe Million Mark Vieh geraubt hat Hendrik Witboi, indem er die Abwesenheit des Hauptquartiers und die Entblößung der wichtigsten Wollseppläne in der Umgegend von Keetmanshoop benützte. Da eine Verfolgung unterblieb, hat er alles hübsch in Sicherheit gebracht. Jetzt lebt Trotz wieder nach Keetmanshoop zurück, nachdem er von Witboi glänzend gefälscht worden ist.

Eine noch schlimmere Nachricht. Ist aus der Südostsee des Schutzgebiets gekommen: Bei Kochs-Dampnvagn haben die Eingetretene der 12. Kompanie sämtliche Pferde und Maultiere, etwa 250 Stück geraubt. Natürlich dienen die Tiere zum gleichen Zweck wie das Vieh des Witboi und sind ebenfalls ausgesetzt. Man vermutet, daß es Morenga Deute waren, mit denen immer noch so eine Art Waffenstillstand besteht, weil nicht die nötigen Truppen zur See sind, um erfolgreich gegen Morenga etwas zu unternehmen.

Die Kriegslage in Ostafrika. Die „Rhinein-Württembergische Zeitung“ berichtet die Kriegslage seit dem neu. aufz. auf der Flucht bei Mungo als sehr viel gefährlicher. Wenn aus mir ein Teil der mehr als hunderttausend Afrikäer zählenden Wissenswerte anfangen, unruhig zu werden, dann steigt die Besetzungsnabe, daß die ganze Masse dieses großen Stammes in Unruhe gerate. „Dort“ aber als Stadt mit einer Schutzmairie von etwa 170 Mann wird sie wöchentlich halten können, zumal

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Peterstraße 20/22.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage
„Die Neue Welt“.

Hörnspredik-Ausfluss Nr. 58, Amt Wilhelmshaven.

19. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 25. Oktober 1905.

Nr. 250.

Zweites Blatt.

Die Vorlagen des neuen Oldenburgischen Landtages.

II.

Anlage 23 und 24 enthalten einen Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Bestellung von Hypotheken für Bildungskapitalien. Der einzige Anteil lautet:

"Hypotheken, die in Folge einer Bildung der in das Grundbuch eingetragenen Rechte an Grundstücken bestellt werden, erhalten bei der Eintragung bezüglich der verpflichteten Grundstücke denselben Rang wie die eingetragenen Rechte, jedoch nur insofern, als das Bildungskapital den gleichen Bildungsfuß nicht übersteigt, oder als ein etwa vereinbarter höherer Bildungsfuß nicht der Eintragung des Reiches bemerkt ist. Der Rang der Hypothek ist im Grundbuch zu vermerken."

Anlage 25 enthält die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalien für die Finanzperiode 1900/02. Für das Herzogtum betragen diese in Einnahme 324.363,53 M., in Ausgabe 245.298,02 M., so dass ein Bestand verbleibt von 79.065,51 M.

Für das Fürstentum Lübeck betragen die Einnahmen 173.549,58 M., die Ausgaben 136.314,22 M., ergibt Bestand 37.235,36 M.

Für das Fürstentum Birkenfeld stellen sich die Einnahmen auf 3.654,76 M., die Ausgaben auf 777,54 M., bleibt Mehrerlöse 2.877,22 M. Der Vermögensbestand ist 1897 beträgt unter Hinzurechnung des Überschusses 86.854,69 M.

Anlage 26 bringt eine Wegeordnung für das Fürstentum Lübeck, dessen einziger Anteil lautet:

"Der Art. 83 Abs. 1 erhält den Zusatz: „Der Verkehr mit Fahrzügen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen wird durch Regierungsbefehlsmachung geregelt.“ — Bisher gab es besondere Bestimmungen darüber nicht."

Anlage 27 bringt einen Nachweis über die Überweisungen aus den Errichtungen der Erbsparungskasse. Die Überweisungen an verschiedene Stiftungen betragen zusammen 170.800 M. Darunter 60.000 M. an den Jubiläumsfonds und 30.000 M. als unverzichtbares Darlehen an den münsterländischen Volksfesthütteneverein zum Bau einer Bühne anlässlich.

Die Steuerreform-Vorlage umfasst die Anlage 28 bis 28 VII und wird die wichtigste Arbeit des Landtags sein, bringen doch die Vorlagen eine vollständige Umwandlung des bisherigen Steuersystems. Das Ziel der Reform soll sein, dem Staate die für seinen Haushalt erforderlichen Mehrerlöse zu verschaffen und

die Verteilung der Steuerlast nach Möglichkeit in einer der Gerechtigkeit entsprechenden Weise vorzunehmen. Ob dies Ziel erreicht wird?

Betrachten wir einmal in kurzen Zügen nach dem Schreiben der Staatsregierung den Bedarf des Reichshausholts für das Herzogtum Oldenburg in der Finanzperiode 1900/02. Darnach haben betragen:

I. Die Einnahmen — ausschließlich des Betriebskapitals von 600.000 M. — . . . 24.681.501 M.

Davon sind abzulegen

1. an Sustentationsbedingungen (nach Maßgabe der Gelegenheit)

3 X 303.336,79 M. 910.810 M.

2. an außerordentlichen Einnahmen

a) nicht abgesetzte Zinsen usw. aus der vorhergehenden Finanzperiode 46.528 "

b) Ratenabrechnungen der vorhergehenden Finanzperiode 20.803.800 "

c) Anteilegelder 1.867.728 "

Zusammen 4.904.656 M.
bleiben ordentliche Einnahmen 19.776.845 M.

II. Die Ausgaben haben betragen 23.268.630 M.
Davonunter außerordentliche 2.160.199 "

bleiben ordentliche Ausgaben 21.108.431 M.

Zahlbetrag 1.331.586 M.

Davon ist abzusehen je ein unter den ordentlichen Ausgaben verrechnetes Darlehen an die Wester-Werke-Gesellschaft und die Landesgenossenschaftskasse zusammen 145.000 M.

Es bleiben ungedeckt 1.186.586 M.
oder jährlich rund 395.000 M.

Wenn man annimmt, dass zufünftig die vom Großherzogtum zu zahlenden Matrilibalderbeiträge die Herauszahlungen seitens des Reichs um nicht mehr als jährlich 180.000 M. übersteigen, andererseits dieses Höhe aber auch erreichen werden, dann wird sich der Beitrag des Herzogtums zur Zentralabgabe häufig um jährlich rund 35.000 M. höher stellen. Dagegen wird er sich wegen der Lotterieeinnahme um rund 56.000 M. ermäßigen, sobald sich der oben berechnete Zahlbetrag von 395.000 M. um 56.000 — 35.000 M. 21.000 M.
auf 374.000 M.

erniedrigen würde.

Rechnet man dann schätzlich die durch ein neues Gesetzesregulativ für die Zivilstaatsdienner entstehende jährliche Mehrbelastung auf rund 186.000 M., so erhöht sich der jährliche Zahlbetrag auf 510.000 M.

Dieser Zahlbetrag ergibt sich, wenn man die anker-

ordentlichen Ausgaben überdeckt. Diese betragen nun in der Finanzperiode 1900/02 2160.199 M. Hierunter befinden sich für das Amtsgericht Oldenburg, Amt und Amtgericht Büstringen und das Männergefängnis in Breden 685.382 M., welche von der obigen Summe abzuziehen sind, so dass immer noch 1474.817 M. oder jährlich rund 500.000 M. an außerordentlichen Ausgaben verbleiben. Dennoch wäre also für 510.000 M. ordentliche und 500.000 M. außerordentliche, zusammen 1510.000 M. Ausgaben Bedarf zu schaffen. Die Staatsregierung ist nun der Ansicht, dass allein auf den Wege der Steuerreform diese Mittel nicht aufzuweisen sein werden, und will daher für die anberaumten Ausgaben die Eisenbahnbetriebsüberschüsse mit 500.000 M. jährlich in Anspruch nehmen.

In der hier aufgemachten Berechnung sind die 90.000 M., welche nach dem Gesetz vom 23. April 1873 zur Tilgung der konsolidierten Anteile jährlich aufgewendet werden sollen, aber noch nie verausgabt worden sind, nicht enthalten. Wie jene Schuldenlösung hat man nie herangehen können.

Was schlägt nun die Staatsregierung für eine Steuerreform vor?

Die Agraristen fordern seit langem die Beseitigung der Grund- und Gebäudessteuer, und hier kommt ihnen die Reaktion auf halbem Wege entgegen. Sie beantragt:

1. Die Grund- und Gebäudessteuer wird fortan nur zu 1/2 erhoben; eine weitere Ermäßigung bis zu 1/4 tritt ein, wenn der Ertrag der neu einzuführenden Vermögenssteuer im ersten Steuerjahr eine bestimmte über den Anteil hinausgehende Höhe erreichen sollte.

2. Es wird eine Vermögenssteuer bis zu 1% nach Art der preußischen Ergänzungsteuer erhoben.

3. Die Last der Unterhaltung der Staatshäuser wird den Amtssverbänden überwiesen.

4. Der Staat wird von der Erfüllung des aufgebotenen Schulgeldes, sowie von der Beteiligung an den Alterszulagen der Volkschullehrer entlastet.

Daneben sind

5. das Einkommensteuergesetz,

6. die Befreiungen, betreffend die Höhe der Wirtschaftserfolgung,

7. das Stempelabdruckengesetz,

8. das Gerichtslosgesetz

zu revidieren.

Die Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuer auf 1/2 würde einen Ausfall von jährlich 525.000 M. zur Folge haben.

Welche Wirkung wird nun die Einführung einer Vermögenssteuer bis zu 1% für unsere Finanzen haben?

Nach der Schätzung der Staatsregierung ergibt sich folgender Vermögenswert:

a) Grundstück einfach 600.000.000 M.

b) Kapitalvermögen 303.000.000 "

c) Nichts 86.000.000 "

wen zurück über das Wasser und die dort recht häufig auftretenden Korallenblöcke läuft. Jedesmal aber, wenn er zurücklässt, fasst die Schaufel durch sein eigenes Gewicht auch meiste Gewalt, und Bertha hielt jetzt vor Angst den Atem an, denn es lag, wenn der kleine Bursche so gegen den Stamm zuschlug, lebend und elend zerstören müsste. Der Knabe aber lachte und jubelte vor Lust, und selbst wenn er rücksichtslos angeschossen kam und Rettung nun unmöglich schien, war er sich plötzlich mit einem raschen Schwung herum und partiren den Stamm mit dem einen ausgestreckten Fuß so außerordentlich geschlagen, dass er jedesmal, wenn auch dicht, doch ungünstig daran vorüberglitt und im Zurückkommen dann der Schwung noch neue Kraft durch einen frischen Stoß zu geben suchte.

"Und leidet Ihr das?" rief Bertha, wirklich in Todesangst, ein paar dicht daneben beschäftigte Frauen an, "wenn nun das Kind verunglückt?"

"Welches Kind?" fragten diese erstaunt und auch wohl etwas belustigt zu ihr ausschauend, denn sie begriffen nicht gleich, won was die fremde Frau so ähnlich sprach.

"Der Knabe in der Schaufel," rief Bertha.

"Der große Junge?" lachten aber die beiden Weiber, "der weiß darin Beifeld und hält sich vom Stamm schon ab. Unten Kleinen machen es ja genau so und kommen nie zu Schaden. Dem tut's nichts."

"Aber wenn das einfache Säckel reißt," sagte die junge Frau, "ist er jarettungslos verloren!"

"Wah, das reißt nich," lachten aber die Insulanerinnen, "das fehlt und gut gebreit. Es mükste kein Jung' sein, wenn er fehlt und gut gebreit. Sie tun's alle. Die Götter schützen sie."

"Die Götter schützen sie?" Wie vertrauensvoll die Frau das aussprach; wie fest sie auf die überirdische Hilfe

Die Missionäre.

Roman aus der Süßsee von Friedrich Gerstäder.

(40. Fortsetzung)

Unten am Strand waren bereits Hunderte von Menschen versammelt, und zwar wieder vor der Wohnung Ramara. Über an dem eigentlichen Bootstritten durften die Frauen nicht teilnehmen, und die ganze Gesellschaft schien wirklich nur auf die Freuden gewartet zu haben, ehe sie mit der Feier begannen. Das Bootstritten gehörte auch in der Tat zu ihren heiligen Gebüschen, oder wurde wenigstens damit vermischt. Ramara Too, als ihm die erste Kokosnuss voll des frischen Getränkes gereicht wurde, sah leichter davon einen Teil auf die Erde neben sich und legte während ringsum riesen Schwigen herzte.

"Hier ist Noa für Euch, Ihr Götter! Seht freundlich auf uns herab, loh uns gediehen und gelund bleiben, loh unsere Früchte wachsen und gebt uns — Euren Kindern — Rahmen im Überfluss."

"Hier ist Noa für Euch, Ihr Götter der See! Bleibet unter Euerem fern und rücket Euren Aars nach irgend einem andern Eiland."

Jetzt erst reichten die Untergebenen, die dazu verwendet wurden, die Schale, die Ramara Too zuerst auf einen Zug geleert, weiter, aber genau in der Reihe so nach dem Rang der Hauftlinge, wie diese sich auch setzen muhen, und das Boot war mit einer solchen Feierlichkeit und Undacht gefrochen, wie nur ein Fischerboot in einer christlichen Familie gesprochen werden konnte. Auf Segeln wangiengs magte es den nämlichen Endpunkt, und fast de-

langen lag je den Enkel des Männer, die so anscheinend fromm ein gewöhnliches Wahl begannen. Waren das wirklich Heiden, wenn sie auch den Namen des wahren Gottes noch nicht kannten?

Aber ihre Aufmerksamkeit wurde bald auf einen andern Gegenstand gelenkt, und zwar auf das Spiel der Kinder, die harmonisch und glücklich am Strand ihrer lauchenden Lust folgten, während die Mütter oder Schwestern mit irgend einer Arbeit in ihrer Nähe beschäftigt waren und ihre oft übermüdeten Sohle überwachten. Einzelne haben am Wasserstrand und schweren Kokosnalen glatt und dunn, das sie in ihrer Farbe und Durchsichtigkeit fast Schilopatt täuschend ähnlich sehen, andere stricken Reize oder besitzen zerfressen aus, und während der Zeit heizt sich das junge Volk am Strand herum und lief mit den bloßen, aber allerdings scharfen Füßen über den scharfen und heißen Korallenstrand, als ob es ein weicher Teppich gewesen wäre.

Sehr angüsslich schienen aber die Mütter troz alledem bei den oft gefährlichen Spielen der kleinen lustigen Wels nicht zu sein, denn ein junger Bursch befand sich, der vielleicht kaum zehn Jahre zählen mochte, schwang sich plötzlich auf eine ganz eigentlich Schaukel und legte sie fest in Bewegung. Die Schaukel bestand aber in nichts anderem, als einem aus Kokosnähten gedrehten und allerdings starken Säckel, das unten um ein rundes Stück Holz gehüllt war, auf dem der Schaukelnde reiten konnte. Das Säckel selber war oben im Winde einer dicht am Strand stehenden und über die Flut hinausragenden Kokospalme befestigt und hing gerade hinunter, so dass man es erst mit einem Salen heranholen musste, um auf die Schaukel zu gelangen, dann gab sich der kleine Bursche einen Stoß und schwang hinunter, und als er zurück, bis zum Stamm der Palme kam, stieß er sich von diesem kräftig mit dem Fuß wieder ab, daß er

wen zurück über das Wasser und die dort recht häufig auftretenden Korallenblöcke läuft. Jedesmal aber, wenn er zurücklässt, fasst die Schaufel durch sein eigenes Gewicht auch meiste Gewalt, und Bertha hielt jetzt vor Angst den Atem an, denn es lag, wenn der kleine Bursche so gegen den Stamm zuschlug, lebend und elend zerstören müsste. Der Knabe aber lachte und jubelte vor Lust, und selbst wenn er rücksichtslos angeschossen kam und Rettung nun unmöglich schien, war er sich plötzlich mit einem raschen Schwung herum und partiren den Stamm mit dem einen ausgestreckten Fuß so außerordentlich geschlagen, dass er jedesmal, wenn auch dicht, doch ungünstig daran vorüberglitt und im Zurückkommen dann der Schwung noch neue Kraft durch einen frischen Stoß zu geben suchte.

"Und leidet Ihr das?" rief Bertha, wirklich in Todesangst, ein paar dicht daneben beschäftigte Frauen an, "wenn nun das Kind verunglückt?"

"Welches Kind?" fragten diese erstaunt und auch wohl etwas belustigt zu ihr ausschauend, denn sie begriffen nicht gleich, won was die fremde Frau so ähnlich sprach.

"Der Knabe in der Schaufel," rief Bertha.

"Der große Junge?" lachten aber die beiden Weiber, "der weiß darin Beifeld und hält sich vom Stamm schon ab. Unten Kleinen machen es ja genau so und kommen nie zu Schaden. Dem tut's nichts."

"Aber wenn das einfache Säckel reißt," sagte die junge Frau, "ist er jarettungslos verloren!"

"Wah, das reißt nich," lachten aber die Insulanerinnen, "das fehlt und gut gebreit. Es mükste kein Jung' sein, wenn er fehlt und gut gebreit. Sie tun's alle. Die Götter schützen sie."

"Die Götter schützen sie?" Wie fest sie auf die überirdische Hilfe



a) flüssiges Betriebskapital	15000000
e) sonstiger im landwirtschaftlichen, gewerblichen und Handelsbetriebe stehender Wert einschl. der Schiffe	12000000
Zusammen	1124000000 M.
Davon sind die für 1902/03 zum Betrage von 252710667 M. ange meldeten Schulden mit rund	253000000 M.

abzuziehen, doch verbleiben 871000000 M.

Nun sind rund 59800 Haushaltungen mit einem gänzlich steuerfreien bleibenden Vermögen bis zu 600 Mark Einkommen vorhanden; sodann sollen für die Belebung nur die vollen Tausend zur Anrechnung kommen; es haben daher etwa 31 Millionen Mark auszuheben, sodaß noch etwa 840 Millionen Mark für eine Vermögenssteuer in Betracht kommen. Da nun aber die Steuer bei einem Einkommen von 600 bis 4800 Mark nur mit 1% zu Anrechnung kommen soll, und erst von da ab mit 1% — 840000000 : 3 beginnt, wäre das Ergebnis 2% zu 1000 : 4 gleich 630000 Mark.

Gewerkschaftliches.

Eine von 2000 Arbeitern der Leipziger Rammgarn spinnerei Söhne & Co. durchgeführte Versammlung forderte endgültig die sofortige Einführung des 10% Lohnes und vom 1. Januar 1906 des zehnständigen Arbeitstages, außerdem Lohnzuschüsse. Die Textilarbeiterchaft in Gauklich erklärte sich für solidarisch mit den Arbeitern von Söhne & Co.

Soziales.

Eine amtliche Übersicht über die Fortschritte des Achtstundentags schuf folgendes: 30 Städte, darunter Bremen, Fulda, Gotha, Hannover, Delitzsch, Altenburg und Jena haben den vollständigen Achtstundentag für alle Geschäftszweige eingeführt. Eine Ausnahme davon wird nur an den Sonnabenden und den Tagen vor den hohen Feiern gemacht. Im weiteren 30 Städten, darunter in Bremen, Altenburg, Gießen, Halle, Kassel und Magdeburg gilt der Achtstundentag für alle Läden mit Ausnahme der Kolonialwaren, Backwaren, Fleisch- und Zigarren Geschäfte. In 50 Städten, darunter in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Frankfurt a. M., Leipzig, Marburg, Heidelberg, Posen und Danzig ist der Achtstundentag für einzelne Branchen, insbesondere die Leberbrände, den Räuchermittelhandel usw. eingeführt. Endlich ist in 80 Städten eine Achtstundentag Bewegung im Gange, in einigen Ortschaften ist sie bereits soweit gediehen, daß Abstimmungen über den früheren Länderschluß aller oder einzelner Geschäftszweige stattfinden.

Aus dem Lande.

Barel, 24. Oktober.

Eine Versammlung des Soz. Volksvereins findet am Sonnabend abend 8½ Uhr im „Vindobona“ statt. Die beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: Berichtserstattung vom Parteitag durch Genossen Hug und Befreiung über die im November stattfindenden Stadtstaats- und Gemeinderatswahlen. — Sonnabend abend 8½ Uhr tritt die Wahlkommission noch zu einer kurzen Befreiung

bauet und das junge, ihr doch gewiß so teure Leben in deren Obhut sicher glaubt!

Indessen hatte dort drüben vor der Wohnung des Königs das Vorstricken ernstlich begonnen, obgleich die Häuplinge dem Getränk nur mäßig aufsprachen. Es soll überhaupt weit weniger berauschen, als viel mehr, wenn dasselbe nicht in zu großer Menge genossen wird, eine dem Opium ähnliche Wirkung hervorbringen, eine Art von angenehmer geistiger Aufregung, der aber nicht jene körperliche Erholung folgt, wie sie der Gebrauch des letzten umsehbar mit sich bringt.

Und sein lautes, zorniges Wort wurde dabei gesprochen; freundlich, ja selbst artig verlehrten alle miteinander, bis sich plötzlich die Missionar von seinem Sitz erhob und in ruhigen, erzählenden Worten die Glaubenslehre der christlichen Religion vor ihnen auszulegen begann.

Riemann unterbrach ihn mit einer Silbe, Totenstill herrschte in dem erst noch so lebendigen Kreise, und selbst die Frauen, die bei dem Trinken ausgeschlossen sind, räumten langsam näher, um die Worte zu verstehen. Ja sogar die Kinder hörten mit Spuren auf, um zu erfahren, was der schwere fremde Mann da sprach. Aber lange blieben sie nicht um ihn geschaart; verstanden sie doch den tiefen Sinn der Worte nicht und fühlten deshalb auch kein besonderes Interesse, um leinewegen ihre Spiele zu unterbrechen.

Riemann sprach indessen mit voller Beerdigungswelt wohl zwei volle Stunden lang, nicht über den eigentlichen Kern der christlichen Religion, sondern mehr über die bildverdornten Sagen des Alten Testaments, über die Entstehung oder Erhaltung der Welt, über die Expiation und die damit in Verbindung stehenden Wunder, bis er zum Geburt Christi kam und wieder hauptsächlich bei dem damals in Verbindung stehenden Wundern wußte. Die Eingeborenen hörten ihm auch aufmerksam zu, denn er brachte viel Neues, und was er da sagte, harmonierte sogar in manchen Sätzen mit alten Sagen, die sie selber dachten.

Aber die Abenteuer wurden zuletzt schläfrig; der monotonen Langsamkeit von Riemanns Stimme mochte wohl ebenfalls dazu beitragen, sie in Stillemma zu wecken. Raimara Toa, infolge seiner Seelenheit, riß zuerst ein, und da Riemann jetzt selber lächelte, daß er in dieser Stunde keinen weiteren Zuhörer von seiner Rede erwarten konnte, brach er kurz ab, sprang zu seiner Frau hinüber, nahm sie an die Hand und stieg mit ihr zu ihrer eigenen Wohnung hinauf.

Das erste Samenkorn war jetzt ausgeworfen, und Riemann konnte nur hoffen, daß es auf günstigen Boden gefallen sei und seine Früchte tragen möge.

(Fortsetzung folgt.)

zusammen. — Der Magistrat wie der Gemeinderat sind erachtet, als Wahltag einen Sonnabend und als Wahlzeit die Stunden von 5—8 Uhr nachmittags zu bestimmen, um so eine allgemeine Beteiligung zu ermöglichen.

In einem miserablen Zustande befindet sich der von der Dangotter Chaussee in Dangastermoor abbiegende Weg durch Kallenbüchsen. Der Weg ist so schlecht, daß derselbe für Wagen am Tage nur mit größter Vorsicht befahren werden kann; das Befahren in der Dunkelheit wäre Tollkühnheit. An mehreren Stellen haben diejenigen, die den Weg benutzen müssen, die riesigen Wälder mit Buschholz ausgefüllt und so eine feste Unterlage geschaffen. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeindeverwaltung baldmöglichst für Abhilfe sorge.

Osnabrück, 24. Oktober.

Die beliebte Gesellschaft „Vorwärts“ aus Berlin (Dir. Stresemann) wird morgen abend im Vereinslokal wirken. Wir machen alle Freunde eines gesunden Humors und würziger Sätze auf diesen interessanten Abend nochmals aufmerksam. — Das Eintritt ist von Gewerkschaftsmitgliedern für Mitglieder auf 30 Pf. für Damen auf 20 Pf. festgelegt.

Delmenhorst, 24. Oktober.

Die Hanseatische Jusspinnerei und Weberei A.G. Delmenhorst äußert sich in dem Bericht der Handelskammer von 1904 u. a. wie folgt:

Das letzte Geschäftsjahr war für uns ein gutes und können wir wieder eine Dividende von 10 Prozent in Aussicht bringen. Die Abschreibungen haben wir, wie in den vorhergehenden Jahren, sehr reichlich bemessen und die Kosten auf 31752,04 Mark festgesetzt.

Der verdiente Überbrückung beträgt laut Gewinne und Verlustrechnung 18702,13 Mark.

Der Arbeitersicherungsfonds litt mit 3586,91 Mark zugunsten, dann der die Höhe von 10000,— Mark wieder erreicht.

Der Zugang auf Maschinen-Ronto ist durch Anschaffung von neuen Maschinen für unsere Spinnerei und Weberei entstanden.

Uns unterem Gewerbe II, welches in der Elbmars mit 11000 Mark aufgestellt ist, verlaufen wie zwei Spindeln zum Spinnerei- und Textil-Ronto zugeführt, so daß der verbliebende Rest des Grundstücks noch den meistfachen Nachtwert vertritt.

Wir hielten es für zweckmäßig, ein zwischen Weberei und der Stedinger Straße gelegenes Grundstück mit Wohnhaus zum Preis von 14000 Mark anzufeuern, welches wir für Wohnbauteilnehmung für unsere Arbeiter zu verwenden beabsichtigen.

Unsere Produktion hat 1904 erreicht: 38740000 Alte Mark, 8216372 Weitere Gewebe, 3037826 Stück Säcke.

In der am 17. Dezember 1904 stattgehabten Versammlung der Mitglieder des Verbands Deutscher Jute-Industrieller, G. m. b. H., wurde die Verlängerung des Gesellschaftsvertrages bis Ende 1910 beschlossen. — Wir sind der Verlängerung beigetreten, nachdem uns gestattet wurde, unseren Betrieb um 1290 Spindeln und 42 Webstühle zu vergrößern.

Die Lieferungen der Gesellschaftsfirmen, sowie der Maschinen- u. K. für die in Aussicht genommene Vergrößerung sind bereits vorgesehen und hoffen wir, die gelten werden bis Ende April fertig stellen zu können. Begüßt der erforderliche Gehalt für die Betriebsverstärkung werden wir, im Einverständnis mit dem Auskunftsamt, die eine möglichst vorstellbare Beschaffung Sorge tragen. Eine Erdbung des Aktienkapitals wird nicht in Aussicht kommen.

Als 10% Dividende, nachdem die Abschreibungen sehr reichlich demselben waren, sind den Aktionären an Entdeckerungslohn zu gewähren.

Wer die geradezu rauhigen Lohnscheine der Jusspinnerie kennt, kennt wunderlich über diese enormen Überschüsse nicht mehr. Wer weiß, daß manche Arbeiterin der Jutefabrik sich vom frühen Morgen an oft bis spätestens Material schmutzt für einen Wochendarbeit von 5—6 M., der verleiht auch diese Dividendenzahlung.

Und trotz dieser niedrigen Löhne finden noch ausländische Arbeitskräfte eher Beschäftigung als die heimischen Arbeiter.

Was die aus Galizien importierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die man in den der Fabrik gehörenden Häusern unterbringt, verdiennen, bleibt wohl vorläufig noch ein Geheimnis.

Die in den sog. Jutehäusern wie das sieben Stock aufgestellten Arbeiter und Arbeiterinnen wird man wohl schon um des Seelenheils will es nicht mit allzu vielen irridischen Gütern beladen.

Die Arbeiter freuen sich, daß sie Beschäftigung haben und hungrig weiter. Mögen all die gesammelten Gewänder und garnbeschichteten Engländerinnen der feinen Haaren, in Form von Dividende, schon aus verdeckungstechnischen Gründen der hungiernden Proletarier gedienten, die diesen Reichtum mit zusammengearbeitet haben.

Sie werden dann zu der Überzeugung kommen, daß die heutige vielgeläufige göttliche Weltoordnung noch unbeschreibliche Vorzüglichkeit, wenigstens für einige Wenige. Hoffentlich kommt auch den hungiernden Proletarier bald eine Erfahrung, modifiziert es dann unendlich wird, daß man ihnen immer wieder das Bild malen muß, an dem sie selber tatsächlich arbeiten.

Gerichtliches.

Gewerbegericht der Stadt Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 24. Oktober.

Kann der Lohn unter gewissen Umständen aufgerechnet werden? Der Gärtnerei K. lagte gegen den Gärtnereihalter v. H. auf Zahlung von Lohn, welchen Beläger einbehoben hatte, weil er glaubte, wegen Läßigkeit in dem Dienst und dem ihm durch Beläger eine Scheere weggekommen war, Schadenerfolgsansprüche machen zu können.

Beläger hatte eine diesbezügliche Widerlage angekündigt.

Im Verhandlung wurde festgestellt, daß Beläger eine Scheere im Werte von 5 M. von dem Gärtnereigrundstück

im Eigentum v. H. mitgenommen hat. K. hat aber nicht nachweisen können, daß diese Scheere wieder zurückgebracht worden ist, infolgedessen er sie zu erkennen hat.

Beläger ist der Wohlstand im Dienst, wodurch ein Schaden entstanden sein kann, ist der Beweis nicht erbracht. Demzufolge hältte v. H. den Lohn zu zahlen. Die Kosten rägt v. H. zu zweit, K. zu einem Drittel.

Ein ähnlicher Fall. Fräulein L. war in der Gärtnerei der Frau R. beschäftigt; gegen 30 M. monatlichem Lohn. Fräulein glaubte nun Unrat zu klagen gegen

Fr. L. zu haben. Es kam zum Konflikt, wobei dem Fr. L. die größtenteils Beleidigungen an den Kopf geworfen wurden. Sie verließ dann im Einverständnis mit Frau R. die Stellung, erhielt aber nicht den verdienten Lohn, weil Frau R. Schaden durch die mangelhafte Arbeit gehabt haben will. Beläger leitete die Beschuldigungen. Beläger verstand sich schließlich auf Ansehen des Vorstehenden dazu, den rückläufigen Lohn zu zahlen. Der Vorstehende hob hervor, daß es ein unbaltares Juwel werden würde, wenn ein eingeschlossener Arbeiter, die leicht gefunden werden könnten, dazu berechtigten, den verdienten Lohn einzubehalten. Dazu sei die Rücksicht da.

„Berücksichtiger, hat sich nichts zu suchen auf Wert, Knochen kaput schlagen“ — mit diesen Schimpfworten will der aus dem billigen und arbeitswilligen Osten Deutschlands stammende Arbeiter A. nach seiner Angabe von dem Vertreter des Unternehmers Sch. empfangen worden sein, als er seine Ansaldenforte verlangte. Da ihm diese angeblich verweigert worden, so verlangte er jetzt außer seinem verdienten Lohn 3200 M. Entschädigung für den einen Tag, da er die Karte angeblich nicht erhalten hätte. Der Vertreter des Unternehmers, der gleichzeitig als vorläufig unverdient Zeuge ernannt wurde, stellte den Saalverteiler trotz des fortgesetzten Protestes: „Zeuge muß sich schwören!“ ganz anders dar. Beläger habe nämlich bei den Arbeiten auf der West einigen jungen schwäbischen Arbeiter mit der Schippe verdraben, weil er ihnen angeblich „Kaffe“ geschimpft hat. Als dann A. seitens des Schachtmachers von dem Jungmann weggeworfen wurde, habe auch der Schachtmacher von A. Schilde mit dem Schippen verteidigt. Ueber diesen Vorhang empörten sich die anderen Arbeiter sehr. A. ließ daher weg, weil er annahm, ihm würden „die Knochen im Leibe kaput geschlagen“. Nach zwei Stunden kam er wieder zum Arbeitsplatz und verlangte seinen Lohn nebst Ansaldenforte. Da der Unternehmer für jeden Arbeiter, den er auf der West beschäftigt, eine Einlaufkarte erhält, für deren Verlust 50 Pf. zu zahlen hat, so verlangte der Vertreter des Unternehmers von A. diese Karte zurück. A. weigerte die Herausgabe, angeblich weil er keine Karte hatte. Als dann der Vertreter erklärte, einen Schuhmann holen zu wollen, um die Karte zu bekommen, sei A. wieder davon gelassen; vermutlich wieder aus Angst vor den anderen Arbeitern. Am anderen morgen kam A. wieder und da habe er keinen verdienten Lohn von 18,20 Mark nebst Ansaldenforte erhalten sollen. Er weigerte sich aber, den Lohn anzunehmen, da er noch 3,60 Mark Entschädigung haben wollte, die ihm nicht gezahlt wurde. — In der Regelache haben bereits zwei Termine stattgefunden, in einem beideselben war Beläger nicht vertreten, infolgedessen im ersten Termin ein Ansaldenforte gefällig wurde. Auch wurden ihm 2 Mark für den Termin zugesagt. Ein zweiter Termin verzögerte sich A. mit aller Zärtlichkeit, einen Vergleich auf 20 Mark einzugehen. Heute wurde A. mit seiner Klage auf Entschädigung abgewiesen und muß noch die Gerichtskosten dazu bezahlen. Begründung: Beläger hat den Dienst ledig verlassen. Lohn und Ansaldenforte kommt er jetzt am Schlus des Arbeitszeit verlangen, nicht vorher. Am anderen Tage ist ihm der Arbeitslohn nebst Karte nicht vorenthalten worden. Auf weitere Entschädigung hatte Beläger aber noch keinen Anspruch. Die Klage ist dadurch gegenstandslos geworden. Da Beläger keinen Anlaß zu derelaten gegeben hat, hatte Beläger auch die Gerichtskosten zu tragen. „Hat nichts Reichsgericht mit zu beschäftigen, und falls 1000 M. Kosten“, mit diesen Worten verließ Beläger die Gerichtsstelle.

Eine wichtige Frage. Fr. G. war bei der Papiermutterfrau H. bedient und wurde krank. Das Fräulein wurde mit Genehmigung der Frau H. im Hause der Eltern verpflegt. Da Frau H. aber Hilfe nötig hatte, so engagierte sie ein anderes Mädchen, nachdem Fr. G. den angestandenen Wiederantritt des Dienstes nicht ausgeführt hatte, weil die Krankheit angeblich noch nicht bedroht war. Die Mutter der Fr. G. sagt nun auf Entschädigung für eine vierzehntägige Pflegekosten. Die Vorstehende führt aus, daß Beläger keinen Anlaß zu derelaten gegeben hat, hatte Beläger auch die Gerichtskosten zu tragen. „Hat nichts Reichsgericht mit zu beschäftigen, und falls 1000 M. Kosten“, mit diesen Worten verließ Beläger die Gerichtsstelle.

Abgewiesen wurde der Bawarder G. mit seiner Klage auf Entschädigung in Höhe eines Taglohnes gegen Bauunternehmer B. Der Polter lagte als Zeuge aus, daß Beläger eines Montags früh davor betrunken war, daß er beimnahe einer Kellertreppe hinunterstürzte. Auch habe er nicht die überwölbte Arbeit ausgeführt. Er habe den Beläger darum gemäß der Unfallversicherungsschriften erlaubt, vorläufig mit der Arbeit auszuscheiden. Daraufhin habe Beläger sofort seine Papiere und seinen Lohn verlangt. Zeuge habe ihn zum Untermieter geschickt. — Da Beläger erst am anderen Tage seinen Lohn nebst Karte erhielt, so verlangt G. noch für diesen Tag Lohn in Höhe von 4,50 Mark. — Das Gericht ließ es dahingestellt, ob B. verpflichtet gewesen wäre, den Lohn für den Tag zu zahlen, an dem Beläger die Entlassung freiwillig nahm. Diesen Lohn habe Beläger dem Polter aber zuerkannt. Beläger hätte die Karte am Schlus des Arbeitstages und den Lohn zur Lohnabzahlung verlangen können. Da Beläger ebenfalls seinen Anlaß zur Klage gegeben hat, daß Beläger auch die Gerichtskosten zu tragen.

Wiederum verlagt wurde die Klage des Bawarders M. gegen den selbständigen Bawader W. Letzterer will nicht an den Bawerk gebracht werden sein, weil Beläger als bei ihm beschäftigter Gehilfe nicht die nötige freundliche Miene gegenüber den Kunden aufgestellt habe. W. war daher den M. ganz plötzlich hergerückt aus dem Geschäft. Beläger lebt in mehreren Terminen Zeugen für seine Behauptungen aufmarschierten, die aber nichts Widersprüche gegen den Beläger ins Feld führen konnen. Nummehr will Beläger den Nachweis führen, daß Beläger während der Zeit, für die er Entschädigung verlangt, keine Arbeit erhalten können. Drogieren dem Beläger mitgeteilt wurde, daß das Gericht einstimmig der Ansicht sei, daß er keinen gelegentlichen Grund zur sofortigen Entlassung seines Gehilfen habe, sich



Etablissement Friedrichshof, Bant.

Mittwoch den 25. Oktober er.:

Großes Extra-Militärfestkonzert

Musikdirektor Herr A. Nothe.

Kinematogr. Vorführungen. Vollständiges Programm

Nach dem Konzert: BALL.

Aufgang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Die Direktion: G. Willmann.

Soziald. Volksverein Varel.

Sonnabend, 28. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

bei Gastwirt Leuschner, Lindenholz:

Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht vom Parteitag.

Stadtrats- und Gemeinderatswahl betreffend.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Bücher.

Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Kommissionssitzung.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage:

Süddeutsche Postillon.

Humoristisch-satirisches Blatt.

Groß 4°, achteckig, reich und originell illustriert, schwarz und in prächtigem Farbdendruck.

Preis pro Number 10 Pf.

Ein frammer Bursche, lebensfröhlich und heiter, begibt mit behendem Spott und blenden Satire. Er ist mitunter unhöflich, sagt stets unverblümlich die Wahrheit und rüdt rücksichtslos den Hohen der Gegenwart auf den Leib. Jeder Arbeiter trage zu seiner weißen Verbreitung bei.

Zu beziehen durch Buddenberg's Buchhandl., Bant, Peterstraße.

Zu verkaufen

eine wenig gebrauchte Konzert-Zither. In diesem in meiner Wohnung Neue Wilhelmshavener Straße 82, Hinterhaus.

Paul Hug.

In den Neubau ein

Bremer- und Oldenburger sind moderne drei-, vier- u. fünfkämmige Wohnungen mit Speisewanne u. Balkon z. T. mit Badeeinrichtung zu vermieten.

J. Ferdinand, Baugeschäft

Zu vermieten auf gleich und später einige zwei-, drei- und vier- Wohnungen Bant, Weger Weg 12.

Erdarbeiter gesucht

auf sofort. Groß, Goethestraße 6.

Gesucht

auf sofort ein Schmiedegeselle und auf älteren ein Lehrling. Ad. Büsing, Schmiedestraße 4.

Atmos bei Nordendorf.

30 Erdarbeiter

gesucht. Anschreibungen bei der Druckerei an der Bantuer Linie.

Kleine Plakate

zum Aushängen, wie: Läden zu vermieten, Möbel-Zimmer zu vermieten, Wohnung zu vermieten, Wascherolle zu beauftragen. Verkauf von Altbauhändler usw. usw.

stets zu haben bei

Paul Hug & Co.

Bant, Peterstraße 20/22.

Achtung! Bezirksführer!

Die Parteitags-Protokolle sind eingetroffen. Zu der am Mittwoch stattfindenden Sitzung sind die Mitgliederlisten, soweit noch nicht abgegeben, unbedingt mitzubringen.

Der Vorstand.

Kaffeehaus Lilienburg.

Mittwoch den 25. Oktober er.:

Erstes Abonnements-Konzert

ausgeführt vom Musikkorps des 2. Seebataillons.

Sehr gewähltes Programm. Nach dem Konzert: BALL

Aufgang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Karten sind vorher zu haben. 12 Stück 3 Mark.

Diese Konzerte mit nachfolg. Ball finden jeden Mittwoch statt.

Th. Frier.

NB. Sämtliche Räumlichkeiten der Lilienburg sind durch Dampfsteigung erwärmt.

Oldenburg.

Mittwoch den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Nestenstraße:

Konzert-Abend

der Gesellschaft Strzelewicz.

Eintritt für Mitglieder der Gewerkschaften 30 Pf., Damen 20 Pf.

Es lädt freundlich ein

Das Gewerkschaftskartell.

Unser gutes Recht

ist es, gute Ware für gutes Geld zu verlangen. Sie erhalten gute Ware, wenn Sie z. B. bei Bedarf die beliebte Delikatess-Margarine „Solo in Carton“ wählen, die als die beste anerkannt ist! Garantiert ohne Eigelb hergestellt, aber unter schriftlicher Garantie für beste Qualität und absolute Frische, bietet dieses unübertroffene Produkt: einen idealen Ersatz für beste Butter. : Zur Vermeidung von Unterschieden verlangt man jedoch ausdrücklich Margarine

zu verkaufen

Zu vermieten

auf sofort drei vierräumige abgeschlossene Wohnungen mit Keller und Stall im Hinterhaus an der Bordumstraße; Preis 1750 bis 19 Marktmonatlich.; ferner zum 1. Januar eine dreiräumige abgeschlossene Wohnung mit Keller und Stall in der Mitterstraße, 23 Anton Eggerichs.

Zu vermieten

eine vierräumige erste Eigentumswohnung mit abgeschlossenem Korridor, Peterstraße 30.

Zu vermieten

eine dreiräumige Unterwohnung mit abgeschlossenem Korridor, Peterstraße 30.

Drei-, vier- u. fünfkämmige

Wohnungen

auf sofort oder später zu vermieten Joh. Peters, Bant, Bordumstr. 4.

Zu vermieten

zum 1. November eine schöne dreiräumige Wohnung.

Joh. Peters, Bant, Bordumstr. 2.

Laden zu vermieten

mit oder ohne Einrichtung.

Adolf Schöll, Bordumstr. 54.

Zu vermieten

zwei dreiräumige Wohnungen preisw. Graf, Bant, Göderstr. 55, 2. Et.

Auf sofort

oder später schöne dreiräumige Wohnung mit Nebenzimmer und allem Zubehör zu vermieten.

Schillerstr. 7, 1. Et. r.

Zu vermieten

eine dreiräumige Eigentumswohnung, sowie eine vierräumige Überwohnung f. 14 Mt. monatl. Kirche, Börsenstr. 44.

Solo in Carton!

Einem geehrten Publikum von Geppens und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich das

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Geppens und Umgegend die

ergebene Anzeige, daß ich das

Kolonial- u. Fettwaren-Geschäft

des Herrn F. Kuckheit, Ede Schulz und Kaafstr. übernommen habe. Unter Zulieferung reeller Bedienung, sowie Führung

beste Ware bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Bemerke noch, daß ich dieselben Prozente

gebe, wie der Bantuer Konsumverein.

Hochachtungsvoll

Georg Ubben.

Banter Frauen-Verein.

Donnerstag den 26. Okt.

Nähstunde.
(Banter Rathaus.)

Von der Reise zurück.

Ein verloren von Bismarckstraße Nr. 29 nach Nr. 30.

H. Eden, prakt. Bahnhof.

Von der Reise zurück.

Dr. Harms

Spezialarzt für Hals-, Nasen-

und Ohrenleiden

Viktoriastraße 81.

Bankhypotheken

erst- und zweitstellige Privat-hypotheken, sowie Baumgelder in Städten empfohlen

G. Schwitters, Bant, Nordstr. 16.

Niederpökelsleisch Pf. 55 Pf.

Rotwurst 60 "

Sülze 80 "

Cervelatwurst (so lange der Vor- rat reicht) . . . Pf. 130 Pf.

Tilsiter Käse 30 "

Blauenmus 20 "

Marmelade 35 "

Blennionig 70 "

(garantiert rein)

Neue Wachtelecken 20 "

Buchweizenmehl

Ferner die größte Auswahl in Trippen, gefüllerten und ungefüllten Galoschen, Zwecknäpfchen, gefüllten Kinder-schuhen mit Ledersohle, Filz- und Lederpantoffeln.

August Winterberg

Adolfsstraße 11

Berl. Kaiserstraße 11.

Weinflaschen

Kauf

Georg Klähne, Bant.

Zu vermieten

ein trockener Lagerkeller.

Eduard Jansen, Grenzstr. 26.

Zu vermieten

um 1. November oder später eine

dreibärmige Unterwohnung.

Bant, Mitterstraße 75.

Zu vermieten

ein Haus in Bant mit gut-

gehaltener Wirtschaft.

Reflektanen und wollen ihre Offerten

unter W. B. 100 in der Expedition

Bantes niedersetzen.

Zu vermieten

schöne drei- und vierräumige Woh-

nungen. Mitterstraße 48.

Daufragung.

Aller Denen, welche meiner lieben Frau und unserer guten Mutter so

hülfreich zur Seite standen, sowie

die ihr das letzte Heiligtum zur Ruhe-

läute geben und den Saal so reich

mit Blumen schmücken, sagt mir auf

diesem Wege unseres einzigen Dank.

Bant, den 24. Oktober 1905.

W. Höfer nebst Kindern

und Verwandten.

